

# mitte drin

Ausgabe 11 / 2018 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Hundert Jahre deutsche Novemberrevolution

**Im Bezirk Mitte gibt es viele Orte, die an die Ereignisse vor hundert Jahren erinnern: Philipp Scheidemann (SPD) rief am 9. November 1918 vom Reichstag die „deutsche Republik“ und Karl Liebknecht (Spartakusbund) vom Stadtschloss die „freie sozialistische Republik Deutschland“ aus.**

Im Marstall, der heutigen Musikhochschule „Hanns Eisler“, und im „Marinehaus“ in der Nähe des Märkischen Museums hatten sich die revolutionären Matrosen der Volksmarinedivision zum Schutz des neu gebildeten Kabinetts, des „Rates der Volksbeauftragten“, einquartiert. Dass der Chef dieser „sozialistischen Revolutionsregierung“ Friedrich Ebert (SPD) bereits mit der Konterrevolution paktierte, wussten sie nicht.

Was in Kiel mit dem Aufstand der bewaffneten Matrosen der Kriegsmarine am 3. November begonnen hatte, sprang als Funke der Revolution auf alle wichtigen Städte und industriellen Gebiete Deutschlands über. Am 9. November strömten auch die Arbeiterinnen und Arbeiter Berlins zum Generalstreik auf die

Straße. Der Kaiser musste abdanken, der bereits verlorene Krieg beendet und wichtige Forderungen, wie die Einführung des Acht-Stunden-Tages, eines allgemeinen und gleichen Frauenwahlrechts, der Koalitionsfreiheit (Gewerkschaften) und der Mitbestimmung in den Betrieben (Betriebsrätegesetz) eingelöst werden.

Die Novemberrevolution als Geburtsstunde der deutschen Republik steht im Jubiläumsjahr im Fokus vielfältiger geschichtsideologischer Betrachtungen und politischer Aktivitäten. Dabei ist Bewegung in das seit zwei, drei Jahrzehnten verbreitete bundesdeutsche Geschichtsbild geraten, das die Revolution von 1918/19 zu einer durchgängigen Erfolgsgeschichte umgedeutet hat und deren Geburtsfehler systematisch ausblendet. Die früheren linken Erkenntnisse, dass sich



„Trotz alledem!“ Karl Liebknecht im Revolutionskampf 1918. Zwei Monate später wurden er und Rosa Luxemburg ermordet.

1918/19 nicht einfach von den Zäsuren 1930, 1933, 1938/39 abkoppeln lassen, sind wieder aktuell und die verhängnisvolle Rolle und die Langzeitwirkungen der konterrevolutionären Gewalt in der deutschen Gesellschaft wird stärker thematisiert (z.B. das Buch von Mark Jones: „Am Anfang war Gewalt. Die deutsche

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Wenn das Wasserrohr nu' aber'n Loch hat ...?

Dann glaubt manchmal ein Bezirksamt, es könne ein lange geplantes Projekt für kostengünstiges Wohnen und ein soziokulturelles Nachbarschaftszentrum, mal einfach so kippen. Andreas Böttger berichtet aus der Bezirksverordnetenversammlung Mitte vom Oktober.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

### Ob das wohl ein neuer Treffpunkt in Mitte wird?

In der Insel Rosenthaler-/Ecke Mulackstraße gab es einen Japaner. Der ist nun out. Zugeklebte Scheiben verraten: Da zieht ein Wiener ein! Irene Runge freut sich - Kaffeehaus und Sachertorte! Aber – küsst die Hand – man serviert vegane Burger – aus Wien!

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

### 100-Jährige sprang nicht aus dem Fenster und verschwand

Nein, sie ist höchst lebendig, die Novemberrevolution von 1918. In Mitte erinnern viele steinerne Zeitzeugen an sie. Eines davon ist das Marinehaus am Spreeufer nahe der Jannowitzbrücke. Rainer Scholz notierte Fakten der wechselvollen Geschichte.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

### Europa anders machen!

Gemeinsam mit allen Mitgliedern und Interessierten und den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger wollen wir uns im Vorfeld des Europa-Parteitages auf den Wahlkampf einstellen und die europapolitische Ausrichtung der LINKEN diskutieren.

24. November 2018 11:00 - 17:00 Uhr

Berlin, Sharehaus Refugio, Lenastr. 3-4, 12047 Berlin, U 8 Schönleinstrasse

## DIE LINKE.

### Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

## Aus der BVV

## Projekt ps wedding versenkt?

**Auf der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Mitte vom 18.10. erklärte die bisherige Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste Sandra Obermeyer, dass sie zum Anfang Dezember auf die Senatschene wechselt. Als Nachfolger nominiert der Bezirksverband DIE LINKE. Berlin-Mitte und die Linksfraktion Berlin-Mitte Sven Diedrich.**

Der Schwerpunkt der Oktober-BVV lag diesmal bei dem ehemaligen Diesterweg-Gymnasium und ps wedding. Aufgrund der Fülle an Anfragen und Anträgen zu dem Thema wurde eine thematische Stunde einberufen. Seit über sechs Jahren plant ps wedding zusammen mit dem Bezirk und dem Senat, das ehemalige Diesterweg-Gymnasium zu sanieren und durch Neubauten zu ergänzen, um kostengünstiges Wohnen zu ermöglichen und ein soziokulturelles Nachbarschaftszentrum entstehen zu lassen.

Das Bezirksamt versucht nun in einem Schnellschuss, an diesem Standort einen Schulstandort zu schaffen, merkte Katharina Mayer, stadtpolitische Sprecherin der Linksfraktion Berlin-Mitte, an. Seit über sechs Jahren wird über das Projekt von ps wedding

am Diesterweg-Gymnasium gesprochen und jetzt soll kurzfristig und ohne große Aussprache dort eine Schule entstehen.

Am Ende der Debatte setzte sich ein Antrag der SPD mit Stimmen der AfD, CDU



Schnellschuss für das Diesterweg-Gymnasium

und FDP durch, dass dort ein Schulneubau entstehen soll, was defacto das Projekt ps wedding begräbt.

Katharina Mayer erklärt dazu: „Sieben Jahre lang befasst sich die BVV schon mit ps wedding. Es gab mehrere Beschlüsse

für das Projekt. Das Vorgehen stellt keinen wertschätzenden Umgang mit gemeinwohlorientierten Akteuren wie ps wedding und mit demokratischen Prozessen dar. Statt alle Fakten zu Schulbedarfen und alternativen Standorten in den Ausschüssen zu erörtern, wird ein Beschluss gefasst, der die bisherige Debatte auf Bezirks- und der derzeitigen auf Landesebene konterkariert. Der Wasserrohrbruch wurde als Vorwand verwendet, um eine verfehlte Schulplanung zu kaschieren. Es gibt keine verlässlichen Hinweise, dass ein Abriss wirklich nötig ist. Es steht außer Frage, dass Schulen im Bezirk benötigt werden, aber wir brauchen auch bezahlbaren Wohnraum und Wohnraum für Geflüchtete. Genau das plant ps wedding. Ein Leuchtturmprojekt, das bezüglich seiner Organisation und Finanzierung als Vorbild angesehen werden kann. In der wachsenden Stadt und vor allem in innerstädtischen Bezirken wie Mitte gibt es immer Flächenkonflikte. Ein Ausspielen notwendiger Nutzung bringt uns überhaupt nicht weiter, sondern führt an diesem Standort zu einem Stillstand.“

**Andreas Böttger**

**Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.**

**In der BVV Berlin-Mitte**

## Blick aus dem Amt

## Gute Jugendarbeit im Bezirk Mitte

**Bei Jugendarbeit steht in der politischen Diskussion oft das Geld im Vordergrund, denn davon gibt es für diese wichtigen Aufgaben meist zu wenig. Die aktuelle Erarbeitung eines Jugendförderungsgesetzes hat auch den Hintergrund, eine auskömmliche Finanzierung für Angebote der Jugendarbeit zu sichern.**

Positiv ist, dass in diesem Prozess auch Jugendarbeit als solche diskutiert und einzelne Angebote, wie z.B. Kinder- und Jugendbeteiligung oder aber Ferienreisen, neu entdeckt werden. Mitte geht hier mit gutem Beispiel voran und fördert seit Jahren, dass Kinder und Jugendliche aus armen Familien in den Ferien verreisen können.

Mitte setzt auch ein weiteres positives Zeichen in der Jugendarbeit. Auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses wird ein queeres Jugendangebot eingerichtet. Im Haushalt 2019 stehen dafür grundsätzlich 200.000 Euro zur Verfügung.

Ein solches Angebot ist wichtig und überfällig. Sicher ist es selbstverständlicher Teil der Arbeit mit jungen Menschen in allen Jugendfreizeiteinrichtungen, über geschlechtliche und sexuelle Identität und Orientierung zu sprechen, denn das sind Fragen, die insbesondere junge Menschen in der Pubertät bewegen und die gerade für lesbische, schwule, bisexuelle Jugendliche und solche, die sich zwischen den Geschlechtern begreifen sehr schwierig sind. Auch für Eltern, Familie und Schule trifft das zu, oftmals verhindern Angst und gesellschaftliche Erwartungshaltungen, wie Männer und Frauen zu sein haben, ein offenes Gespräch. Es braucht daher einen geschützten Raum für lesbische, schwule und bisexuelle Jugendliche, an dem sie sich angstfrei treffen, Erfahrungen austauschen und mit Pädagog\*innen sprechen können. Auch Beratung kann vermittelt werden, zunächst geht es aber um einen Ort, an dem die eigene Identität unbeschwert entdeckt

und gelebt werden kann, denn das ist auch in einer Stadt der Vielfalt wie Berlin nicht immer möglich.

Das Angebot für queere junge Menschen zeigt den Wert und die gesellschaftliche Bedeutung der Jugendarbeit besonders. Orte für junge Menschen jenseits der Schule und Elternhaus sind wichtig für die freie Persönlichkeitsentwicklung, auf die alle junge Menschen ein Anrecht haben.

Daher sind aus Sicht des Bezirkes Mitte für ein Jugendförderungsgesetz zwei Punkte besonders wichtig: Erforderlich ist eine bedarfsgerechte Finanzierung auf der Basis fachlicher Standards, d.h. oberhalb der bisher im Land aufgewendeten Mittel für die Jugendarbeit. Diese sollen zweckgebunden auf der Basis von Landesjugendförderplan und Bezirksjugendförderplänen zugewiesen werden, damit es nicht mehr dazu kommt, dass Bezirke Mittel für Jugendarbeit anderweitig ausgeben.

**Sandra Obermeyer**

# Urbanize! – Aufforderung zur urbanen Revolution?

**A**nfang Oktober bot sich in Berlin die Möglichkeit, die Highlights der Stadtforschung zu diskutieren und konkret auf die neue Stadtentwicklung im Zeitalter einer LINKE-Senatorin Katrin Lompscher anzuwenden und zu ergründen.

Alljährlich findet das Festival für Urbane Erkundungen „Urbanize!“ in Wien statt und wird von der Zeitschrift „dérive“, einer internationalen Stadtforschungs-Plattform an der Schnittstelle von Wissenschaft, Kunst und Aktivismus, getragen.

Dieses Jahr bespielten stadtpolitische Initiativen Berlins Orte, die stellvertretend für das Versprechen „Wir geben euch die Stadt zurück!“, stehen.

Ob Dragonerareal, Haus der Statistik, Ex-Rotaprint, Spreefeldgenossenschaft, Prinzessinnengärten oder das Aquarium im Südblock am Kotti – sie alle stehen für den Kampf gegen die bloße Verwertungslogik im Zeitalter der Immobilienspekulation und des Mietenwahnsinns.

Jeder dieser Orte ist Schauplatz harter Kämpfe für soziale Orte und um die Frage, was die Stadt eigentlich braucht und wer eigentlich Stadt gestalten darf.

Als Sprecherin für Stadtentwicklung der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

ist mein Motto: „Wir müssen gezielt Löcher in den städtischen Verwertungssteppich schneiden und Orte der Begegnung, der sozialen Reproduktion und des Miteinanders schaffen!“ Linke Stadtentwicklung muss Stadtproduktion als Ko-Produktion verstehen; das ist leichter gesagt als getan und ein harter Kampf gegen das Renditegetriebene Kapital. Aber es geht auch um einen politischen Bewusstseinswandel für LINKE in Verantwortung und darum, Menschen zum Mittun, zum Selbstgestalten und zum „Stadtmachen“ aufzurufen. Ja, den Staat umkrepeln werden wir nur gemeinsam mit den vielen Akteuren in Stadt und Land, die mit viel Kraft und Mut ganz konkret Stadt und Raum sozialisieren.

Als Stadtforscherin war ich Teil des Festivals und habe mit den Initiativen Common Grounds und Metrozones einen Abend zum Thema „Munizipalistischer Tech-Urbanismus“ organisiert.

Was nicht so klingt, ist eigentlich eine irdische Debatte: Wie können wir die kommunale Selbstverwaltung, auch in digitalen Zeiten, stärken und den öffentlichen Sektor ausbauen?!

Mich interessiert, wie wir es schaffen, neue Allianzen mit Hackern und Tekkies (technikaffinen Menschen) zu bauen und so gemeinsam für linke Politik im Sinne des Gemeinwohls zu streiten. Wir müssen reden über digitale Grundrechte einerseits und über neue Verdrängungsprozesse durch Ansiedlungen von Tech-Giganten wie Google und Amazon, weshalb seit mehr als einem Jahr in Berlin



xxx

Aktivist\*innen gegen den geplanten Google-Campus kämpfen.

Für mich gilt: Alternativen zum Tech-Kapitalismus, zu UBER, AirBnb und Co. sind machbar und wir müssen mit alternativen Anbieter\*innen über LINKE Politik im Digitalen sprechen.

## Lust auf MEHR?

Kontakt: [gennburg@linksfraktion.berlin](mailto:gennburg@linksfraktion.berlin)

**Katalin Gennburg,**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

## Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

[info@die-linke-berlin-mitte.de](mailto:info@die-linke-berlin-mitte.de)

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

## Die Linke – Fraktion in der BVV

### Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

[kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de](mailto:kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de)

Fortsetzung von Seite 1: Hundert Jahre deutsche Novemberrevolution

Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik“, 2017).

Es sollte nicht vergessen werden: die Revolution im November begann friedlich und unblutig und endete in einer Gewaltorgie der von kaiserlichen Offizieren befehligten konterrevolutionären Regierungstruppen und Freikorps, der nicht nur Luxemburg und Liebknecht sondern mehr als tausend Menschen aus der Berliner Arbeiterbevölkerung zum Opfer fielen.

Es ist ja keineswegs ungewöhnlich, historische Ereignisse unter dem Eindruck aktueller Entwicklungen neu zu befragen, und so lässt die Weltwirtschaftskrise von 2008/09 mit ihren antidemokratischen Verwerfungen im politischen Gefüge europäischer Staaten die Alternativlosigkeit kapitalistischer Strukturen wieder in Frage stellen. Im hundertsten Jahr der Novemberrevolution nicht nur an deren Errungenschaften zu erinnern, sondern auch an die Forderungen,

die unerfüllt blieben, ist dringend notwendig. Am 8. November 2018 ruft der „Koordinationskreis 100 Jahre Novemberrevolution – die unvollendete Revolution“ zur Kundgebung um 17.00 Uhr vors Brandenburger Tor. Aus dem Aufruf: „Es sollte ein für alle Mal Schluss gemacht werden mit Ausbeutung und Krieg. Das große Kapital, die treibende Kraft hinter dem Krieg, sollte sozialisiert werden...“

**Dr. Elke Reuter**



## Hundert Jahre Novemberrevolution

# Das Marinehaus an der Spree und seine Wiederbelebung

**Was passiert eigentlich, wenn die selbst ernannten Eliten eines Landes vollständig reformunwillig sind, einen Krieg vom Ausmaß des Ersten Weltkriegs anzetteln und in dessen Endphase die Hochseeflotte trotz bereits feststehender Kriegsniederlage unbedingt noch als Kanonenfutter für die britische Royal Navy entsenden wollen?**

Die Novemberrevolution vor hundert Jahren führte in der Endphase des Ersten Weltkriegs zum Sturz der Monarchie im Deutschen Reich und zu dessen Umwandlung in eine parlamentarische Republik. Über die Parlamentarisierung hinausgehende, von rätendemokratischen Ideen geleitete Ziele des linken Flügels der Revolutionäre scheiterten am Widerstand der SPD-Führung. Aus Furcht vor einem Bürgerkrieg wollte sie – wie auch die bürgerlichen Parteien – die alten kaiserlichen Eliten nicht vollständig entmachten, sondern sie mit den neuen demokratischen Verhältnissen versöhnen. Dazu ging sie ein Bündnis mit der Obersten Heeresleitung ein und ließ im Januar 1919 den sogenannten Spartakusaufstand gewaltsam niederschlagen, unter anderem mit Hilfe irregulärer, rechtsgerichteter Freikorpsstruppen.

Das Marinehaus an der Ecke Märkisches Ufer / Am Köllnischen Park – als Sitz der alten Schifffahrts-Behörde entstanden – beherbergte 1918/19 den Stab der Volksmarinedivision, deren bewaffnete Formationen von Januar bis März 1919 an der Seite der revolutionären Arbeiter und Soldaten kämpften. Während der März-kämpfe wurde das Marinehaus dann von den gegnerischen Truppen besetzt und die Volksmarinedivision aufgelöst.



Gebäude mit großer Geschichte

In der Folge wechselte das Marinehaus mehrmals den Besitzer. Die Berliner Landesversicherung als neuer Eigentümer ließ es in den 1920-er Jahren zum Bürogebäude umbauen. Im ehemaligen Festsaal wurden zu diesem Zweck zwei Zwischendecken eingezogen. Im Jahr 1993 hat das Land Berlin das damals leer stehende Haus gekauft. Es sollte als Erweiterungsbau an das Märkische Museum angeschlossen werden. Nach einem weiteren gescheiterten Umnutzungsprojekt wurde schließlich im September 2017 eine Finanzierungsvereinbarung unterzeichnet, die den Weg zur Wiederbelebung des traditionsreichen Gebäudes ebnet. Mit dem Märkischen Museum

wird es künftig den Kern eines Museums- und Kreativquartiers am Köllnischen Park bilden. Dabei wird das Marinehaus als Zentrum musealer, kultureller und gesellschaftlicher Aktivitäten die vielfältigen Angebote des Märkischen Museums ergänzen und erweitern. Die Herrichtung des ehemaligen Saalbaus des Marinehauses ist Gegenstand eines Planungswettbewerbs, für den im November 2018 eine Preisverleihung vorgesehen ist.

**Rainer Scholz**



Heute auch Adresse für gutes Essen und Getränke

## Kurznachrichten

### ► Berlin zählt seine Radlerinnen und Radler

An 17 Orten – verteilt im ganzen Stadtgebiet – werden vorbei rollende Zweiräder elektronisch registriert. Da kommen erstaunliche Zahlen zusammen. Vom Mai bis zum September 2018 wurden 12 Millionen gemessen. In der angegebenen Zeit fuhren pro Tag durchschnittlich 8.700 Radelnde über die Jannowitzbrücke, an manchen Tagen bis zu 16.000. Die Oberbaumbrücke brachte es durchschnittlich sogar auf 10.000 pro Tag. Das gibt Arbeit für die Verkehrslenkung.

### ► In Brandenburg überschreitet jede/r dritte Studierende die Regelstudienzeit

Das Wissenschaftsministerium hält eine Strafgeldgebühr, wie gelegentlich empfohlen, nicht für sinnvoll. Es wird darauf verwiesen, dass viele der angehenden Akademiker gezwungen sind, ihr Studium mit zeitraubenden Jobs zu finanzieren.

### ► Berlin erlebt neuen Tourismusboom

In diesem Jahr liegen die Besucherzahlen bereits um fünf Prozent über dem Vorjahr, so der Geschäftsführer der 'Visit Berlin', Kieker. Unsere Stadt habe von dem ungewöhnlichen Sommer profitiert. Von vielen Besuchern werde Berlin als das Schaufenster Deutschlands angesehen.

### ► Orban kriminalisiert Obdachlose

Seit Mitte Oktober ist es Wohnungslosen in Ungarn verboten, auf Straßen oder anderen öffentlichen Plätzen zu übernachten. Schätzungen zufolge betrifft das Verbot 20.000 Menschen. Staatliche Notunterkünfte gibt es für 11.000 Menschen ohne Unterkunft.

### Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39  
13353 Berlin – Wedding  
Tel.: 030 – 547 13 449  
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)  
buero.schulze@linksfraktion.berlin

#### Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr  
Mittwoch 13 – 18 Uhr  
Und nach Vereinbarung!

[www.sprengbuero.de](http://www.sprengbuero.de)  
[www.tobiasschulze.berlin](http://www.tobiasschulze.berlin)  
Twitter: @sprengbuero

## Bei anderen gelesen

### ► Der Schlaf der Vernunft

Gewiss, der amerikanische Präsident ist nicht der deutsche Diktator und der Brexit nicht der Zweite Weltkrieg, aber die Fähigkeit, mehr oder weniger Wahnsinnige ins Amt zu befördern und sich die Gesellschaft selbst ohne Not massiven Schaden zuzufügen, hat offenbar nicht nachgelassen. Wir beobachten einen neuen Siegeszug der Unvernunft. – Jakob Augstein in

„Der Spiegel“ Nr. 41, 06.10.2018

### ► Gelungene, erfolgreiche Integration

Angekommen bei der Volkssolidarität. Dem Krieg in Syrien war Belal Malek entkommen, als er 2015 in Deutschland ankam. Geld, Arbeit und eine Wohnung hatte er auch nicht mehr. Wo fängt man also an, wenn alles fehlt und man auch die Sprache im neuen Heimatland nicht versteht. Eine Situation, in der man neben viel eigener Kraft auch gute Freunde braucht, die vorbehaltslos helfen, wenn die Not am größten ist. Diese erhielt er von dem Ehepaar Mey in der Flüchtlingsunterkunft im Hanseatenweg in Berlin. Seine Ausbildung als Krankenpfleger in Damaskus und sein Fleiß beim Erlernen der deutschen Sprache halfen ihm, beruflich Fuß zu fassen. Seit September arbeitet er als fester Mitarbeiter im Seniorenheim der Volkssolidarität „Alfred Jung“ in Berlin.

In „Fokus“ Magazin 3-2018

### ► Die AfD ist eine Kriegspartei

Wir erleben zur Zeit die stärkste Aufrüstung der Bundeswehr seit ihrer Gründung in den 50-er Jahren. Sie wird mit modernsten Waffen für Interventionskriege und zum weiteren „Vormarsch nach Osten“ aus- und umgerüstet. Die europäische Militarisierung und die Schaffung eines eigenen deutschen/europäischen militärisch-industriellen Komplexes ist Regierungspolitik. Das findet die uneingeschränkte Unterstützung der AfD.

„RotFuchs“, Oktober 2018

### ► Die Methode Merkel

Das Bayern-Beben blieb aus. Merkel-bashing ist zwar auch nach dieser Landtagswahl immer noch en vogue. Dabei verdanken es CSU und CDU ausgerechnet der Bundeskanzlerin, dass die Union ihren Platz als Volkspartei in einer zersplitterten Parteienlandschaft behaupten kann.

„Cicero“, Oktober 2018

## Menschen in Mitte

# Stadtteilkoordinatorin Dr. Sylvia Euler hört den Menschen in den Kiezen zu

**Das Wohlbefinden der Bewohner in den Kiezen - ob jung oder alt - liegt Dr. Sylvia Euler besonders am Herzen. „Ich unterstütze Menschen, ihre Anliegen umzusetzen, ihre Lebens- und Aufenthaltsqualität zu verbessern“, sagt die Stadtteilkoordinatorin für die Bezirksregionen Alexanderplatz und Regierungsviertel. „Meine Aufgabe sehe ich darin, Aktivitäten, die Menschen zusammenführen, zu planen und zu organisieren, Anstöße zu geben für Gespräche, für gemeinsames Arbeiten und Feiern“, betont die 40-jährige gebürtige Berlinerin, die an der TU und der FU Erziehungswissenschaften, Soziologie und Arbeitslehre studierte und zum Thema „Qualitäts- und Bildungsmanagement im sozialen Bereich“ promovierte.**

Im Mai 2016 übernahm Dr. Euler ihre spannende Aufgabe, eine Stelle, die durch die Leiterin der Sozialraumorientierten Planungskoordination beim Bezirksamt Mitte, Petra Patz-Drücke, ins Leben gerufen worden war, im KREATIVHAUS auf der Fischerinsel. „Wir hören Ihnen zu!“, ist mein Slogan“, hebt die dreifache Mutter hervor. „Haben Bewohner in meinem Aufgabengebiet Probleme oder möchten Anregungen für ihr Quartier, wollen sie ihr Wohnumfeld verschönern, sich im Kiez engagieren und Gleichgesinnte finden, sich an stadtteilbezogenen Entscheidungen und Entwicklungen beteiligen, sich vernetzen – dann bin ich ihre Ansprechpartnerin.“ Sie sieht sich als Schnittstelle zwischen Bezirksamt Mitte und Bürgerschaft.

Vieles hat Sylvia Euler in den vergangenen zweieinhalb Jahren schon initiiert, organisiert, begleitet und geleitet. Allein im vergangenen September und Oktober kamen über 100 Menschen zum Nachbarschaftstreffen an den Spittelkolonnaden, viele zum Picknick auf dem Alexanderplatz und zum lebhaften Austausch am Weltseniorentag auf der Fischerinsel. „Kennst Du Deinen Nachbarn?“

war das Thema einer Tafel mit Törtchen und Kaffee bei „Rat und Tat“. An Runden Tischen beraten alle zwei Monate Vertreter von sozialen Vereinen und Seniorenvertreter mit Mitarbeitern der Wohnungsbaugesellschaft über die Lebenssituationen in den Hoch-



Macht Mut zum Mitmachen: Dr. Sylvia Euler

häusern und Wohngebieten. Zu den Erfolgen zählt die aktive Koordinatorin vor allem die Stadtteilkonferenz im März 2017 unter dem Motto „Gemeinsam den Wandel der historischen Mitte gestalten“. Mehr als hundert Kiezbewohner sprachen mit Stadtexperten, Vertretern von Politik und Verwaltung Berlins in sechs Workshops über ihre Anliegen, Sorgen und Wünsche.

„Initiativen für Nachbarschaftsprojekte können bis zu 500 Euro aus der Stadtteilkasse beantragen“, informiert Dr. Euler. Sie hofft nun, vielen in Mitte Mut gemacht zu haben, sich bei Fragen, Problemen und Anregungen gleich an sie zu wenden:

telefonisch 0176 21883554 oder per E-Mail [stk-alexanderplatz@berlin.de](mailto:stk-alexanderplatz@berlin.de)  
Sie hört Ihnen zu!

Matthias Herold

### Sprechstunde zu Datenschutz und Computersicherheit

Jeden 3. Donnerstag im Linkstreif,  
zwischen 19 und 21 Uhr,  
in der Malplaquetstraße 12,  
13347 Berlin



## Zwischen gestern und morgen

**Es klingelt. Der junge Mann mit den Herbstastern ist der neue Untermieter von zwei Treppen höher. Er wohnt unter dem armenischen Künstler, über dem Computermann aus den USA, und kommt aus Wales. Den walisischen Vornamen vergesse ich sofort. Die schöne Geste erinnert an vergangene Zeiten. Heute ist Berlin bunter, auf den Straßen wird's eng, groß, gar weltstädtisch, doch wo alles fließt, braucht es stabilen nachbarschaftlichen Umgang.**

In der Oranienburger Straße schloss nach 30 Jahren das Café Orange. Hier gehen auch jüdische Kontakte. Hermann Simon, Stammgast, Gründungsdirektor des benachbarten Centrum Judaicum, schrieb in der „Berliner Zeitung“ vom Verlust, und er erinnerte an die Gastronomie-Geschichte der Gegend, daran, dass jüdische Funktionäre einst die Stimmung ihrer Basis auch im Kaffeehaus erkundeten. Trauer trägt auch die Kundschaft am Weinbergsweg. Der kleine Bioladen gab wegen steigender Miete auf. Wieso verschwand der Japaner von der Insel Rosenthaler-/Ecke Mulackstraße? Auf zugeklebten Scheiben steht, bald werde es dort vegane Burger aus Wien geben. Mir wäre ein

Kaffeehaus mit Sacher-torte lieber, doch Burger-Hunger scheint profitabler. In der Torstraße wurde ein türkischer Kuchenimbiss durch Burger verdrängt, in der Rosenthaler Straße gibt's mehrere, darunter Kreuzburger, auch in der Oranienburger, am Rosenthaler- und Monbijouplatz. Der November wird die Gäste ins Innere treiben.

Ich bin dann ein Jahr älter, erwarte den nächsten Mitte-Hype.

Im November wird aber auch zurückgedacht. Am 9. November 1918 rief Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Schlosses das Ende der Monarchie und den Beginn der kurzlebigen Republik aus. Heute heißt es, er stand unter oder neben dem Balkon. Wie auch immer, die Demokratie scheiterte. 20 Jahre später jagten in der Nacht vom 8. zum 9. November 1938 zig-tausend Männer deutschlandweit Juden. Die „Kristallnacht“ wurde dem Vergessen entrissen, doch un-



Café Orange hat zugemacht - wer kommt jetzt?

bekannt bleibt, wer damals brandschatzte. Sonderbar vernachlässigt ist auch die Erinnerung an die gewesene jüdische Welt des Scheunenviertels. Stadt und Bezirk haben den besonderen unter den vernichteten Orten jüdischen Lebens bisher kaum markiert. Jetzt steht der Schloss-Nachbau vor der Vollen- dung. Unvorstellbar, dass dessen Umgebung dereinst belebt und beliebt war, und das enge Scheunenviertel, seine Bewohner, Betstuben, Koscherläden, die jiddische Sprache nur fußläufig entfernt. All das sollte sichtbar sein!

**Irene Runge**

## Neue Basisorganisation in Griechenland

**DIE LINKE hat eine neue Auslands-Basisorganisation (BO): auf der griechischen Insel Ikaria in der Ost-Ägäis, einer Insel mit ca. 8500 durchaus eigenwilligen Einwohnern auf einer Fläche von 255 Quadratkilometern. Die BO wird, wie alle Auslandsgruppen, zentral dem Bezirksverband Berlin Mitte zugeordnet.**

Die Gründungsmitglieder Marlies Stöcker, Holger Dohnt und Peter Rütten leben überwiegend auf der eher unbekannteren Insel. Wähler der LINKEN sind sie schon lange und fanden es nun an der Zeit, sich nicht nur auf dem Stimmzettel zu bekennen, sondern auch Mitglied und an ihrem Wohnort politisch tätig zu werden.

Dass sich manch linker Deutscher auf Ikaria wohlfühlt, wird kein Zufall sein, denn die Ikarioten scheinen Widerstand und Solidarität in ihren Genen zu tragen.

Als im 16. Jahrhundert Piratenüberfälle das Leben an den Küsten unerträglich machten, zogen sich die Ikarioten auf die Hochebenen zurück. Dort überlebten sie etwa hundert Jahre unter härtesten Bedingungen. Jenes „Jahrhun-



LINKE-Mitstreiter auf Ikaria

dert der Verborgenheit“ brachte besondere Qualitäten des sozialen Zusammenhalts hervor. Die Inselbewohner führen ihre heute im Alltag gelebte Solidarität denn auch auf diese kollektive Erfahrung zurück.

Nach der Befreiung von der türkischen Besatzungsmacht erklärte sich die Insel 1912 zunächst zum Freistaat Ikaria. Dessen Flagge, als Symbol der Eigenständigkeit, ist auch heute noch überall präsent.

Eine traurige Berühmtheit erlangte Ikaria während des Bürgerkriegs (1946-1949). Tausende Angehörige und Sympathisanten der

linken „Demokratischen Armee Griechenlands“ wurden auch hierher deportiert, unter ihnen der berühmte Komponist Mikis Theodorakis, der 1947 und 1948 auf Ikaria interniert war. Obwohl von den Behörden angehalten, Abstand zu wahren, nahmen die Einheimischen die unfreiwilligen Gäste freundlich auf und entwickelten auch Sympathien für deren Ideen.

Wenn bei heutigen Parlaments- und Kommunalwahlen die KKE und Syriza hohe Gewinne verzeichnen können, so dürfte diese linke Gesinnung nicht zuletzt auf diese Erfahrungen zurückzuführen sein.

Beim Referendum zur Fortsetzung der Austeritätspolitik, im Juli 2015, stimmte die Insel sogar mit 79 % für „Oxi“ (Nein). Dies war der zweithöchste Wert in ganz Griechenland.

So ist eines der Ziele der neuen BO, unter anderem auf die Krisenbetroffenheit der Ikarioten als Folge europäischer Entscheidungen aufmerksam zu machen und im Rahmen des Möglichen um Unterstützung zu werben.

Weitere Information über Ikaria können gern unter [LINKE-auf-Ikaria@web.de](mailto:LINKE-auf-Ikaria@web.de) erfragt werden.

**BO Ikaria**

## Aus dem Abgeordnetenhaus

# Randthemen – gibt es das überhaupt?

**M**anchmal ist es nicht einfach, die Vielfalt der Aufgaben und Themen, mit denen wir uns in der Fraktion beschäftigen, nicht doch einem Ranking zu unterwerfen. Aber das funktioniert nicht, weil Politik so nicht agieren sollte. Wir müssen bei allen Themen größte Sorgfalt und gleichermaßen Engagement zeigen, auch wenn uns das eine kleinteiliger als das andere erscheint.

Es klingt wie ein Nebenthema, wenn wir uns damit befassen, wie wir dem Unsinn der Ersatzfreiheitsstrafe wegen Schwarzfahrens beikommen können. Ist es aber nicht. Mein letzter Stand war: In Berliner Gefängnissen verbüßen 104 Menschen eine Ersatzfreiheitsstrafe, weil sie ohne Fahrschein gefahren sind und das erhöhte Beförderungsentgelt nicht zahlen konnten. Berlin will mit anderen Bundesländern eine Initiative zur Entkriminalisierung des Fahrens ohne Ticket auf den Weg bringen. Kein Nebenthema – finde ich. Gute Politik heißt auch, möglichst nichts auf die lange Bank zu schieben mit der Begründung, dies sei nur ein Randthema und könne warten.

Natürlich erscheint im Vergleich zum Thema Ersatzfreiheitsstrafe geradezu riesig, wenn

wir weiter über ein solidarisches Einwanderungskonzept diskutieren und im November dazu in Berlin eine große Konferenz stattfinden



Carola Bluhm

den wird. Das Thema Einwanderung schiebt die Bundespolitik seit Ewigkeiten vor sich hin und tut auch kund, dass sie in absehbarer Zeit nicht vorhat, daran etwas zu ändern. Es gibt ein solidarisches Einwanderungskonzept, das DIE LINKE vorgelegt hat und das sich nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes, stattdessen an Prinzipien der Freizügigkeit und Garantie universeller Menschenrechte orientiert.

Noch besser ist, wenn Politik nicht nur reagiert, sondern agiert. Wie bei dem nun

gestarteten Tauschportal der sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, das wir angeregt und dessen Zustandekommen unsere Senatorin unterstützt und forciert hat. Mieter\*innen können mit Hilfe dieses Portals die Möglichkeit nutzen, Tauschpartner für ihre Wohnung, die vielleicht zu groß oder zu klein ist, zu finden. Bei der Abwicklung eines Wohnungstauschs werden sie dann durch die Servicecenter der Wohnungsunternehmen unterstützt. Alle 300.000 Mieter\*innen der Landeseigenen werden über dieses neue Angebot informiert.

Worüber ich mich besonders freue nach zehn Jahren erfolgreicher Erprobung und Ausweitung: Wir werden noch im Herbst eine Änderung des Schulgesetzes beraten, um die Gemeinschaftsschule als schulstufenübergreifende und inklusive Regelschulart zu verankern. Hat lange gedauert, könnte man sagen. Aber für ein Pilotvorhaben solcher Dimension und angesichts der intensiven Evaluation, ob wir auf dem richtigen Weg sind, auch wieder nicht.

Carola Bluhm

[www.inberlinwohnen.de](http://www.inberlinwohnen.de)

# Bavaria One abgestürzt – Grüne gehen ab wie eine Rakete

**S**öders und Seehofers CSU wurden bei der Bayernwahl abgestraft. Mit Rechtspopulismus und autokratischem Gehabe sind auch in Bayern keine Wahlen zu gewinnen. Das selbstherrliche Auftreten und das Fischen am rechten Rand kam selbst bei konservativ eingestellten Bayern nicht besonders gut an. Es zeigt sich wieder, dass die Strategie, weiter nach rechts zu rücken, nicht aufgeht. Rechtsextreme Wähler wählen immer das Original.

Genauso stürzte die SPD mit 9,7% ab. Hier schlägt der Bundestrend voll durch.

Die SPD zerreibt sich in der Großen Koalition und kann dadurch so auch nicht in den Ländern gewinnen.

Im Bundestrend liegt das Ergebnis der Grünen, die erstmalig mit 17,5% zur zweitstärksten Partei in Bayern werden. Auch Umfragen zur Hessenwahl (die Wahl war nach Redaktionsschluss, Anm. d. Red.) sehen die Grünen teilweise bei 22% und als zweitstärkste Kraft. Auch Bundestagswahlumfragen handeln die Grünen als zweitstärkste Kraft. Sie liegen teilweise schon bei 20% (Forschungsgruppe Wahlen, 19.10.2018).

Was schaffen die Grünen, was DIE LINKE nicht schafft?

Die Linke scheiterte mit 3,1% an der 5%-Hürde. Sie hat leicht zugelegt, konnte aber nicht von der schwachen SPD in Bayern profitieren. Auch in Umfragen zur Hessenwahl, wo DIE LINKE mit 8% gut dasteht, können die Grünen wesentlich

stärker von dieser Schwäche profitieren. Was die Grünen von der Linkspartei unterscheidet, ist das geeinte Bild, das sie abgeben. Sie haben Spitzenpersonal, das sich an die Parteilinie hält und führen keine internen Grabenkämpfe in der Öffentlichkeit. Es ist klar, wofür die Grünen stehen: Für eine offene, liberale Gesellschaft. Sie sind DER Gegenentwurf zur AfD und sie legen damit kräftig zu. Die mobilisierenden Momente zu den Wahlen werden zur Zeit nicht durch die soziale Frage geschaffen, sondern durch den Gegensatz offen&links vs. geschlossen&rassistisch.

Die Linke könnte diese Zuwächse erbringen, wenn nicht immer wieder einige in Spitzenpositionen die Bandbreite der Themen der Partei auf die Frage der Grenzsicherung verengen würden. Geht es so weiter, werden auch Teile unserer Wählerschaft zu den Grünen abwandern.

Andreas Böttger

### BÜRGER\*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer  
Mitglieder der Linksfraktion in der  
BVV Berlin Mitte laden ein

JEDEN 2. FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00 Uhr

im LINKSTREFF

Malplaquetstr. 12  
13347 Berlin - Wedding

## Das ist das Letzte

**D**as letzte Wort zum Diesel-Fahrverbot ist gewiss noch nicht gesprochen.

Fest steht nur, was Harald Wolf für Die Linke im Stadtparlament erklärte: „Dass diese Fahrverbote verhängt werden müssen, ist die Folge eines gigantischen Betrugs der Autoindustrie und der jahrelangen Untätigkeit der Bundesregierung.“

Fest steht auch, dass der Schlüssel zur Lösung der damit verbundenen Verkehrs- und Kontroll-Probleme beim Bund liegt. Unser Senat schlägt bundesweit die Blaue Umweltplakette an der Frontscheibe vor. Aber der Teufel steckt – wie immer – im Detail:

Das Verwaltungsgericht verlangt bis März 2019 einen neuen Plan zur Luftreinhaltung. Genügt es, den S-Bahn-Ring als „intensiv gefährdetes“ Gebiet zu behandeln? Reichen einige Abschnitte an elf Hauptstraßen für ein Fahrverbot bis zur „Euro 5“-Norm? Wieviel zusätzlichen Giftstoff liefern die längeren Umwege? Welche Ausnahmeregeln für Rettungsdienste, Handwerker, Lebensmittel, Taxis u. ä. müssen möglich sein? Steigen auch alle Senatsmitglieder aufs Fahrrad ...? Das könnte bei der derzeitigen „Abschuss-Quote“ im Berliner Verkehr zu baldigen Neuwahlen führen!

Ich weiß: Man soll – auch bei Verweigerung aller guten Sitten – nie mit Entsetzen Scherze treiben. Aber die gemeinsten „Scherze“ kommen doch von den Auto-Konzernen. Statt kostenfreier Nachrüstung bieten sie Rabatte für den Kauf von Neuwagen an: Gott rette die Konjunktur! VW hat sich mit einer Milliarde Euro und Audi mit 800 Millionen von der Entschädigung freigekauft. Wieviel Geld reicht im Rechtsstaat, um sich vom „heiligen Verursacher-Prinzip“ zu befreien? Das versteht man doch nur, wenn man sich auf den Kopf stellt, weil dieses ganze System Kopf steht! Am Ende wird es die billigste und beste Lösung, wenn sich alle Fußgänger eine Sauerstoffmaske verschaffen.

Arthur Paul

### Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte  
der Partei DIE LINKE  
Geschäftsstelle:  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:  
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de  
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:  
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 24.10.2018

Ausgabetag für Nr. 12/2018 – 06.12.2018

# Recht auf Energie – für alle Menschen in der EU

**I**m vergangenen Jahr wurde 16.525 Haushalten in Berlin der Strom abgestellt – das ergab eine parlamentarische Anfrage der LINKEN.

Das bedeutet, dass diese Menschen ohne Strom auskommen müssen, also ohne Herd, Kühlschrank, Licht, Telefon, Internet und teils auch ohne warmes Wasser. EU-weit sind ca. 11 Prozent der Menschen von Strom- und Heizsperrern bedroht. In Bulgarien, Griechenland, Portugal, Italien, Rumänien, Spanien und Ungarn ist das Problem besonders groß, aber auch in anderen Mitgliedstaaten, wie z.B. in Deutschland, steigt die Zahl der Versorgungssperren.

**Dabei gehört Energie zur Daseinsvorsorge und ist ein soziales Grundrecht!**

Und niemand sollte von der Energieversorgung abgeschnitten werden, nur weil er die steigenden Energiepreise nicht zahlen kann.

Momentan wird im Europaparlament die Richtlinie zum Strom-Binnenmarkt verhandelt, und die linke Fraktion setzt sich dafür ein, dass das Abklemmen von Strom verboten wird. In vielen europäischen Mitgliedstaaten existiert nicht mal eine Definition von „Energiearmut“ – so nennt man im Fachjargon Haushalte, die mit der Strom- bzw. Gasrechnung im Rückstand sind. So eine Definition muss also her, damit die Behörden überhaupt erfassen können, wie groß das Problem ist. In vielen Mitgliedstaaten sind in den letzten Jahren die Energiepreise gestiegen, und hinzukommt, dass

durch die Wirtschaftskrise die Einkommen der Haushalte generell gesunken sind. Hier muss also dringend etwas geschehen. Und das Abklemmen von Strom könnte tatsächlich auf europäischer Ebene durch die Strom-Binnenmarkt-Richtlinie verboten – und damit das Recht auf Energie für alle Menschen in der EU gesichert werden. Wenn wir denn dafür eine Mehrheit im Europaparlament hätten. Doch sowohl die Sozialdemokraten als auch die Konservativen stellen sich taub und meinen, dieses Problem ließe sich allein durch höhere Sozialleistungen lösen. Doch Energie ist keine Ware, und deren Preisgestaltung durchaus politisch, und deshalb brauchen wir ein Verbot von Strom- und Heizungssperren und ein kostenfreies Grundkontingent an Strom und Wärme für alle Menschen in der EU. Denn Energie ist ein soziales Grundrecht.

Manuela Kropp,

Basisorganisation DIE LINKE. Brüssel



**BÜRGERBÜRO BLUHM - SEIDEL - WOLF**  
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon (030) 22 49 45 77  
kontakt@carola-blum.de / www.carola-blum.de  
**Sozial- und Mietenberatung**  
Do 17-18 Uhr: 8.11. / 22.11. / 6.12. / 20.12.

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem **ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats**

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen**

**Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich) LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

## Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- Zum 93. Helmut Rädler
- zum 92. Günter Gumpel
- zum 91. Waltraut Starke
- zum 90. Jutta Nesler
- zum 89. Dina Lask, Rosemarie Walther
- zum 88. Heinz Fuhrmann
- zum 86. Rudolf Müller
- zum 85. Hannelore Gürnth, Klaus Höpcke
- zum 83. Rudolf Jürschik
- zum 82. Dieter Neumann
- zum 81. Irene Kraft, Heinz Schuld
- zum 80. Günter Heimann, Bärbel Siegmund, Wolfgang Ulke
- zum 70. Klaus-Dieter Teufel